

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mt. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Ist Deutschland ein Rechtsstaat?

So lautete die Überschrift unseres Spitzenartikels im „Proletarier“ Nr. 49 vom 3. Dezember 1932. Wegen des Inhalts dieses Artikels ging der Redaktion des „Proletariers“ das folgende amtliche Schriftstück zu:

In der Nr. 49 des 41. Jahrgangs vom 3. Dezember 1932 Ihrer Zeitschrift befinden sich auf der ersten Seite unter der Überschrift „Ist Deutschland ein Rechtsstaat?“ Ausführungen, die eine Beschimpfung der Reichsregierung enthalten. Ich wäre daher auf Grund des § 6 Abs. 1 Ziffer 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (RGBl. S. 297) in der Lage, das Erscheinen der Zeitschrift „Der Proletarier“ zu verbieten.

Ich sehe jedoch hiervon ab, weil es sich um ein erstmaliges Vergehen gegen die genannte Verordnung handelt und belasse es für dieses Mal bei einer Verwarnung.

Noch nie hat sich eine Reichsregierung so oft beleidigt gefühlt, wie es in neuester Zeit der Fall ist, obwohl feststeht, daß die Rechtspreffe seit 1918 eine unverkämpfte Hege gegen die sozialdemokratischen Minister und den Reichspräsidenten

Ebert getrieben hat. Der Gewerkschaftspreffe liegt es fern, beleidigen zu wollen, sie will kritisieren, wo sie es für nötig hält. Und da nun auch die jetzigen Regierungen immer noch öffentliche Organe sind, unterliegen ihre Handlungen auch der öffentlichen Kritik. An dieser Tatsache wird weder durch Verbote noch durch amtliche Auflagen etwas geändert. Außerdem sind wir der Meinung, daß erst der Reichskanzler Papen einen neuen, seither nicht üblichen Ton (oder Mißton?) in die politischen Auseinandersetzungen hineingetragen hat und nicht die Linkspresse.

Die Presse hat nun einmal die Aufgabe, gegen jedes Unrecht Front zu machen, einerlei, wer das Unrecht begeht. Und hierin will der „Proletarier“ mit in vorderster Linie stehen. Es sei noch einmal betont: Nicht um zu verlegen oder zu beleidigen, führt der „Proletarier“ mitunter eine harte Sprache, sondern um des Rechtes willen. Und darin läßt er sich auch nicht durch Verbotsandrohungen beirren.

die Besteuerung der feueren Weinforten Mehreinnahmen von 50 Millionen Mark bringen könnte. Die Umsatzsteuer, die in letzter Zeit von 0,85 auf 2 Prozent erhöht wurde, trägt gegenwärtig infolge der gleichzeitigen Einführung einer Ausgleichsteuer auf eingeführte Waren den Charakter einer ausgesprochenen Verbrauchssteuer. Der Anteil der Umsatz- und Transportsteuern an den Steuereinnahmen des Reiches stieg von 16 Prozent im ersten Halbjahr 1931 auf 22,1 Prozent im ersten Halbjahr 1932. Umsatz- und Verbrauchssteuern lieferten im laufenden Jahr 63 Prozent der Staatseinnahmen. Was dann noch an Staatseinnahmen übrig blieb, wurde überwiegend aus der Lohnsteuer und der Gehaltssteuer auf kleine Einkommen geliefert. Lohnsteuer und Krisenlohnsteuer zusammengenommen brachten im ersten Halbjahr 1932 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1931 nur 127 Millionen Mark weniger. Demgegenüber ist die auf Grund von Steuererklärungen veranlagte Einkommensteuer einschließlich des Krisenzuschlags von 464 Millionen auf 281 Millionen Mark, d. h. um über 40 Prozent, zusammengeschrumpft. Die Realsteuern wurden abgebaut, die höheren und die hohen Einkommen blieben steuerlich weiter geschenkt. Der Bezieher eines Einkommens von 8000 Mark wird z. B. zum gleichen Steuersatz herangezogen wie ein solcher von 4000 Mark, obwohl bei der in der Krise eingetretenen allgemeinen Einkommensschrumpfung der Unterschied der Steuerkraft eines Einkommenbezieher mit 4000 Mark Jahreseinkommen und eines anderen mit 8000 Mark noch viel größer ist als zuvor. Bezeichnend für diese massenfeindliche Steuerpolitik ist auch die Erhöhung der Mineralölzölle und die gleichzeitige Senkung der Ausgleichsteuer auf inländische Mineralöle. Wird jetzt von der Sozialdemokratie die Wiederherstellung der früheren sozialen Leistungen gefordert, so kann diese Forderung auch mit dem Hinweis unterstützt werden, daß auch die Staatseinnahmen fast in ihrer Gesamtheit von den Arbeitnehmern stammen. Diese Tatsache läßt aber auch die Forderung rechtfertigen, den Besitz stärker als bisher zu belasten und ihm zur Befreiung der dringendsten sozialen Aufwendungen Notsteuern aufzuerlegen.

Beginnt mit der Arbeitsbeschaffung!

Die Schicksalsfrage, die keinen Aufschub duldet.

Unter den vielen politischen Streitigkeiten und Ereignissen ist bei vielen Parteien und zum großen Teil bei der Öffentlichkeit das unzweifelhaft wichtigste Problem, die dringendste Aufgabe, in den Hintergrund gestellt und mehr oder weniger vergessen worden: die Beschaffung von Arbeit für die hungernden und frierenden Arbeitslosen. Leider ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß der neugewählte und am 6. Dezember zusammengetretene Reichstag sich noch ernsthaft in diesem Jahre mit dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes beschäftigen wird, obwohl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung zur schnellsten Erledigung eingereicht hat. Die neue Reichsregierung wünscht eine längere Vertagung des Reichstages, um ihre Arbeiten auf außen- wie innenpolitischen Gebiete (gehört zu den innenpolitischen Aufgaben auch die Arbeitsbeschaffung?) in Ruhe durchführen zu können. Diese Vertagung wird, gegen die Stimmen der SPD. und KPD., auch wohl zustande kommen. Denn die Nationalsozialisten haben es mit der praktischen Arbeit und mit der Einlösung der ihren Wählern gegebenen Versprechungen gar nicht so eilig, wahrscheinlich, weil es nicht der „Führer“ Adolf Hitler ist, der jetzt „die Nation retten“ soll, obwohl Hitler, wie er bei den Verhandlungen mit Hindenburg behauptete, ein Programm in der Tasche hat, das Deutschland innerhalb dreier Tage aus Arbeitsnot und Krise herauszuleiten könne.

Schon die Regierung von Papen hatte die Arbeitsbeschaffung als die wichtigste Aufgabe bezeichnet, die jede Regierung lösen müsse. Diesem Problem sollte ja auch die von sozial Volksgenossen erwünschte Notverordnung vom 4. und 5. September dienen. Wieviel Arbeitsbeschaffung bei diesem heißen Bemühen der letzten Regierung herausgekommen ist, haben wir schon dargelegt, hat auch der NSDAP. in einer umfangreichen Untersuchung festgestellt. Der NSDAP. hat auch die Forderungen der in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Schreiben an den jetzigen Reichskanzler noch einmal präzisiert, wie wir in der Nr. 50 des „Proletariers“ mitteilten.

Rund 1 1/2 Milliarden Reichsmark könnten, wenn die Regierung den Vorschlägen des NSDAP. folgte, ohne jede Inflationsgefahr sofort für die Arbeitsbeschaffung freigegeben werden.

Das bedeutet die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für etwa 1 Million Arbeitslose. Es kann nicht bestritten werden, daß die Verringerung des Arbeitslosenheeres um eine Million eine ungeheuer belebende Wirkung auf die Gesamtwirtschaft ausüben würde.

Nun hat auch der Reichsbankpräsident Luther sich in einer Rede, die er in München hielt, für eine verstärkte öffentliche Arbeitsbeschaffung ausgesprochen. Er kam, ähnlich wie die freien Gewerkschaften, zu dem Schluß, daß das Papenprogramm darin verfaßt habe, die Unternehmer zu vermehrter Produktion anzureizen. Die von der Reichsregierung bereit-

gestellten Kredite (700 Millionen Mark) seien von den Unternehmern nur zu einem sehr geringen Teil in Anspruch genommen worden. Ebenso sei es mit den Lohnprämien im Gesamtbetrag von 700 Millionen Mark, die in Gestalt von Steuergutscheinen den Unternehmern bei Neueinstellungen zur Verfügung standen. Reichsbankpräsident Luther hält es für möglich, daß diese Lohnprämien oder ein großer Teil davon, für öffentliche Arbeitsbeschaffung verwandt werden könne, weil anscheinend nur wenig Neueinstellungen im Hinblick auf die Prämiensteuergutscheine erfolgt seien. Er kommt zu dem Schluß, daß, wenn man alle von ihm erwähnten Möglichkeiten zusammenfasse und dazu noch einen Teil der Mittel stelle, die heute von den Gemeinden für die Unterstützung der Wohlfahrtsberwerblosen aufgewendet werden, etwa eine Summe von 1 1/2 Milliarden Reichsmark für die öffentliche Arbeitsbeschaffung bereitstehen würde.

Ob Dr. Luther rein zufällig zu der gleichen Summe gelangte wie der NSDAP., ist ziemlich gleichgültig gegenüber der Tatsache, daß auch er diese Summe als ohne Inflationsgefahr für die Arbeitsbeschaffung verfügbar ansieht. Noch wichtiger aber ist es, daß die neue Reichsregierung endlich einen Weg beschreitet, auf dem eine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erhoffen ist. Und hier ist der von den freien Gewerkschaften gewiesene Weg immer noch der, der den besten und schnellsten Erfolg verspricht. Er ist auch der Weg, dessen Richtigkeit am besten bewiesen werden kann und schon bewiesen wurde. Wird der neu eingesetzte Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Herr Gereke, die Hoffnungen der Millionen von Arbeitslosen erfüllen und für schnellste Förderung der Arbeitsbeschaffung sorgen? Die Not steigt täglich, und mit der Not steigt auch die Verzweiflung. Die Regierung muß für Arbeit und Brot sorgen. Sie ist nicht in der glücklichen Lage, warten oder wie die Nazis sagen zu können: „Die breite Masse will doch nur Spiele und Brot.“ Die breite Masse will keine Almosen, sie will Arbeit. Wichtiger als alle anderen Pläne und „Reformen“ ist die Arbeitsbeschaffung. Hier wird es sich zeigen, ob eine Regierung etwas für das Volk tun will und kann. Hier wird es sich aber auch zeigen, wo die wahren Freunde des arbeitenden Volkes sitzen: nicht bei denen, die um jeden Preis die Katastrophe wollen und den Reichstag als Pankboden für die Kaufbolde unter den NSDAP. befrachten, sondern bei der SPD. und den Vertretern der freien Gewerkschaften, die das Parlament im Interesse des notleidenden Volkes arbeitsfähig erhalten wollen.

Die Arbeitslosigkeit ist die Schicksalsfrage für Deutschland. Wer sie bekämpft, dient dem deutschen Volke am besten. Jeder ungenutzte verstreute Lagerhaufen die Gefahr für Staat und Volk, und vergrößert das Elend und die Not der Arbeitslosen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung darf nicht vertagt werden!

Reichsarbeitsminister Syrup.

Zum Reichsarbeitsminister im Kabinett Schleicher wurde nicht, wie anfänglich beabsichtigt und im „Proletarier“ bereits gemeldet, der bisherige Schlichter für Groß-Berlin, Professor Brahn, ernannt, sondern der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup. Der neue Reichsarbeitsminister war früher vorwiegend in der Gewerbeaufsicht tätig, wurde 1920 Präsident der Reichsarbeitsverwaltung und war seit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung Präsident der Reichsanstalt für die neue Versicherung. Er hat sich bisher bemüht, mit den Gewerkschaften loyal zusammenzuarbeiten. Dr. Syrup ist der einzige neue Mann in dem Kabinett v. Schleicher, in dem auch der bisherige Landwirtschaftsminister Freiherr v. Braun bleibt.

Erfolgreiche Werbearbeit.

Über Agitationserfolge berichteten:

Gau 4 (im November).	Delmenhorst 16
	Elmsborn 29
Lückermünde 28	Flensburg 7
	Hamburg 123
Gau 6 (August bis November).	Harburg 80
	Jöhoe 21
Olaf 54	Kiel 12
Ologau 21	Lauenburg (Elbe) 24
Örlitz 6	Leer 52
Hirschberg 98	Lübeck 30
Liegitz 12	Scharrel 56
Raußha 45	Stade 59
Ziegenhals 38	Varel 4
	Wittmund 18
Gau 8	
Kahla 100	
Gau 9 (im November).	Gau 16
Arzberg 29	Bochum (Aug./Nov.) 40
	Dahlhausen 4
	Dortmund (Aug./Nov.) 25
Gau 12 (im November).	Dülmen 8
Rheinabern 39	Düsseldorf (Juli/Nov.) 245
	Emmerich (Aug./Nov.) 11
	Effen 48
Gau 13 (im November).	Gejcke 13
Hanau a. M. 48	Hagen 95
Höf a. M. 64	Reubekum 16
	Rauel 10
Gau 15 (im 3. Quartal).	Scherbeck 36
Boizenburg 36	Wesel 10
Bremen 185	Witten 25
	Wuppertal 34
	Paderborn 12

Wer trägt in Deutschland die Steuerlast?

Die Ausgaben des Reiches wurden zwar in der Krise gedrosselt, sie sanken trotzdem langsamer als das Volkseinkommen. Zur Zeit wird mindestens ein Drittel des Volkseinkommens in Form von Steuern an das Reich abgeführt. Wer trägt diese gewaltigen Steuern? Neuerdings stellt eine aufschlußreiche Untersuchung in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ (Heft 46) von Dr. Herbert Groß ausdrücklich fest, daß

heute „die finanziellen Lasten der deutschen Finanzpolitik die Masse trägt“ und daß „die direkte Besteuerung gegenwärtig mehr und mehr zur Massenbesteuerung umgebildet ist“. Bezeichnend für diese Tatsache ist die gewaltige Steigerung des Anteils der Verbrauchssteuern an den Steuereinnahmen des Reichs. Ihr Anteil betrug im ersten Halbjahr 1931 35 Prozent, im ersten Halbjahr 1932 ist er auf 40,9 Prozent gestiegen. Diese Verbrauchssteuern belasten zudem den unentbehrlichen Lebensbedarf und auch den Luxuskonsum der Massen, verschonen jedoch weitgehend den Konsum der Reichen. So wird z. B. in der erwähnten Arbeit aufgeführt, daß allein

Ankurbelung der Wirtschaft nach dem Papen-Programm.

Wie wirkte die Notverordnung vom 5. September sich in unserem Verbandsgebiet aus?

Rund eine und eine dreiviertel Million Arbeitslose wollte Herr von Papen mit der Durchführung seiner Maßnahmen für die Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit wieder in den Produktionsprozess einreihen. Steuererleichterungen und Lohndruckprämien boten Anreiz genug für die Unternehmer, neue Arbeitskräfte einzustellen. So meinte Herr von Papen wenigstens. Nun hat es sich zwar schon lange herumgesprochen, daß mit Lohndruck keine daniederliegende Wirtschaft zu beleben ist, daß zur Ausnutzung der Abfahrmöglichkeiten im Gegenteil eine Erhöhung der Massenkaufkraft notwendig ist. Aber man wollte es eben „anders versuchen“. Das Ergebnis dieser mehrmonatigen Versuche liegt nun vor. In einer gründlichen Erhebung hat der ADGB reichhaltiges Material über die Auswirkungen des Papen-Planes gesammelt.

Die Zahl von 1 1/2 Millionen Neueinstellungen, die Herr von Papen versprach, ist nicht ganz erreicht worden. Es fehlen etwa 97 Prozent daran. Am 22. November waren auf Grund der Notverordnung vom 5. September (nach den Berichten von 19 freigewerkschaftlichen Verbänden) 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Auf die Industrien des Fabrikarbeiterverbandes entfallen davon 5741, von denen 3000 männlich, 1663 weiblich und 1078 jugendlich waren. Die 5741 Neueinstellungen verteilen sich auf 109 Betriebe mit 18 786 Beschäftigten. Fürwahr ein grandioser Erfolg, besonders wenn man bedenkt, daß ein sehr großer Teil dieser 5741 Neueinstellungen auf die saisonmäßige Belegung der Produktion - Weihnachtsgeschäft in Glas, Porzellan, Spielwaren - entfällt und ihnen die Zahl von 320 000 Mitgliedern anderer Verbände, von denen noch über 120 000 arbeitslos sind, gegenübergestellt. Noch deutlicher wird die Tatsache, daß es sich bei dem Papen-Programm mehr um ein Geschäft für die Unternehmer als um die berühmte Ankurbelung der Wirtschaft handelte, bei Ansehung des außerordentlich hohen Anteils der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte an den Neueinstellungen. Es wurden also in der Hauptsache billigere Arbeitskräfte eingestellt.

Von der durch die Reichsregierung erteilten Berechtigung, die tariflichen Lohnsätze für die 31. bis 40. Wochenstunde zu unterschreiten, haben längst nicht alle Unternehmer Gebrauch gemacht. Immerhin betragen die auf Grund der Neueinstellungen eingetretenen Lohnkürzungen für die 31. bis 40. Stunde in unseren Industrien:

- 10 Prozent für 12 Betriebe mit 2900 Beschäftigten,
- 20 Prozent für 13 Betriebe mit 3686 Beschäftigten,
- 30 Prozent für 4 Betriebe mit 770 Beschäftigten,
- 40 Prozent für 11 Betriebe mit 1843 Beschäftigten,
- 50 Prozent für 27 Betriebe mit 5157 Beschäftigten.

In 42 Betrieben mit 10 171 Beschäftigten gelang es, die beabsichtigten Lohnkürzungen abzuwehren, davon in 39 Fällen durch Verhandlungen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit, zu der die Notverordnung einen Anreiz bieten sollte, wurde nur in 24 Betrieben mit 7195 Beschäftigten durchgeführt; dagegen blieb die Arbeitszeit in 45 Betrieben mit 8318 Beschäftigten unverändert und wurde in 40 Betrieben mit 9014 Beschäftigten sogar verlängert.

Das sind die Ergebnisse des Ankurbelungsprogramms, die im Arbeitsgebiet unseres Verbandes festgestellt wurden. Gewiß ist es erfreulich, daß etwa 5700 arbeitslose Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen wieder in Lohn und Brot kamen. Aber angesichts der selbstsichereren Verheißungen der Papen-Regierung und im Vergleich zu der gärenden Unruhe, die ihr Wirtschaftsprogramm über Deutschland und über die deutsche Arbeiterschaft brachte, ist das ein geradezu klägliches Ergebnis. Den gangbarsten, kürzesten und am meisten erfolgversprechenden Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bieten die Vorschläge der freien Gewerkschaften, die um so eher durchgeführt werden können, je mehr Macht die freie Arbeiterbewegung entfalten kann. Wer den freien Gewerkschaften zur Erlangung dieser Macht behilflich ist, kämpft am besten gegen Arbeitslosigkeit und Massenelend.

Sozialistischer Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Sozialdemokratischer Gesetzentwurf zur Arbeitsbeschaffung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Gesetzentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung vorgelegt:

Unter der Führung des Reichs wird eine planmäßige Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen, für die eine Milliarde Reichsmark bereitgestellt werden. Die Arbeitsbeschaffung soll insbesondere umfassen: 1. Arbeitsbeschaffung durch das Reich (Reichszuschüsse für öffentliche Arbeiten und Kleinwohnungsbau) und 2. Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden (Gemeindearbeiten, kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen, Schulung jugendlicher Erwerbsloser und Hausreparaturen).

Arbeitsbeschaffung durch das Reich.
Zur Förderung der Arbeitsbeschaffung werden Reichszuschüsse für die Durchführung weiterer zusätzlicher öffentlicher Arbeiten bereitgestellt. Die öffentlichen Arbeiten sollen insbesondere umfassen: Kleinwohnungsbau, Verbesserung des Straßennetzes, Brückenbau, Errichtung von Wasserfuß- und Wasserröhrenanlagen, außerplanmäßige Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten der Reichsbahn und der Reichspost.

Die Reichszuschüsse für den Kleinwohnungsbau sind den Ländern zur Herabgabe von zweitem Hypotheken, wofalls auch von ersten Hypotheken, sowie von Zinszuschüssen zu überweisen.

Schulung jugendlicher Erwerbsloser. Um allen jugendlichen Erwerbslosen den Erwerb, die Erhaltung und die Weiterbildung ihrer Berufsfähigkeiten zu ermöglichen, haben die Gemeinden umfassende Schulungsmaßnahmen durchzuführen. Zu diesem Zweck sind unter Zuhilfenahme beschlagnehmter stillgelegter Betriebe Lehrwerkstätten einzurichten, die Schulungskurse anzubieten und das Berufsschulwesen zu erweitern.

Hausreparaturen. Soweit Hauseigentümer ihre gesetzliche Verpflichtung, einen Teil der Miete zu Instandsetzungsarbeiten zu verwenden, nicht oder nicht voll erfüllen, haben die Gemeinden die Durchführung der Instandsetzungsarbeiten zu erzwingen. Insbesondere sind sie berechtigt, wofalls solche Instandsetzungsarbeiten auf Kosten der Hauseigentümer selbst vornehmen zu lassen.

Finanzierung.
Die zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erforderlichen Mittel werden durch Anlegung einer Anleihe zur Arbeitsbeschaffung aufgebracht. Zu diesem Zweck wird eine Prämienanleihe zur Arbeitsbeschaffung angelegt. Für den Fall, daß der Erlös der Prämienanleihe eine Milliarde Reichsmark nicht erreicht, wird

der Restbetrag durch eine Zwangsanleihe aufgebracht, auf die die gezeichnete Prämienanleihe angerechnet wird.

Zur Vorfinanzierung des Anleiheerlöses sind die Einstellungsprämien auf Grund der Notverordnung vom 4. September 1932 den öffentlichen Körperschaften zur Verwendung für öffentliche Arbeitsbeschaffung zu überweisen.

Alle Arbeiten, für die auf Grund dieses Gesetzes Reichszuschüsse gewährt werden (einschließlich der Gemeindearbeiten), sind im Tariflohn auszuführen. Die Vermittlung der Arbeitnehmer für diese Arbeiten hat ausschließlich durch die Arbeitsämter zu erfolgen.

Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden.
Für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden, insbesondere für die kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und für die Schulung jugendlicher Erwerbsloser werden 1. Bauholz aus staatlichen und kommunalen Forsten, Gas, Wasser, Elektrizität und Brennstoffe aus öffentlichen Betrieben verbilligt abgegeben.

Gemeindearbeiten. Die Gemeinden haben die Zuschüsse für die Gemeindearbeiten zur Durchführung dringender Arbeiten zu verwenden, die sonst aus Mangel an Mitteln unterbleiben müßten. Dazu gehören auch größere Instandsetzungsarbeiten an großen Gebäuden, Straßen, Brücken, Hafenanlagen usw.

Kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen. Die Gemeinden sind berechtigt, stillgelegte Fabriken und Werkstätten für Zwecke der kollektiven Selbsthilfe der Arbeitslosen zu beschlagnehmen. In diesen Betrieben sollen Arbeitslose auf Grund freiwilliger Meldung und unter Gemehrung von Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenversicherung zu dem Zweck beschäftigt werden, Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Schuhwerk, Kleidungsstücke, Wägen usw., herzustellen. Die Erzeugnisse ihrer Arbeit werden an diese Beschäftigten und an die übrigen Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen unentgeltlich verteilt.

In einem anderen Initiativgesetzentwurf über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung wird die unentgeltliche Abgabe von Brot und Kohle sowie die verbilligte Abgabe von Fleisch an Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten verlangt. Die Mittel für die Brotverteilung soll das Reich den Gemeinden aus den Mehrerträgen der Treibstoffzölle bei Aufhebung des Beimischungszwangs überweisen, die Mittel für die Kohlenablieferung aus der Neueinrichtung der Ausgleichsabgabe für Mineralöle, die Mittel für die Fleischverbilligung aus dem Marktzugungsfonds des Reichsernährungsministeriums.

Protest der Unternehmer gegen die sozialen Forderungen der Gewerkschaften.

Sie sind schme... dem Plan, wenn es gilt, die Wirtschaft zu retten und die geheiligten Profite vor „marxistischen Zugriffen“ zu wahren. Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland hat bei der Reichsregierung scharfen Protest gegen eine Reihe von grundsätzlichen Forderungen der freien Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erhoben. Der Wirtschaftsverband ist der Meinung, daß die Verschlechterung der Sozialleistungen bestehen bleiben müsse, um die Sozialversicherung überhaupt zu erhalten. (Wie großzügig!) Die Auflockerung des Tarifsystems durch die Papen-Notverordnung müsse aufrechterhalten bleiben, sonst geht die Wirtschaft zugrunde. Ebenso dürfe man von den 700 Millionen Reichsmark, die für die Neueinstellungsprämien vorgesehen waren, nichts für öffentliche Arbeitsbeschaffung verwenden, wie es der ADGB und auch der Reichsbankpräsident Dr. Luther verlangt, denn im Frühjahr würden die Unternehmer schon noch in erheblichem Umfang von diesen Prämien Gebrauch

machen. (Und im Winter sollen die Arbeitslosen weiterhungern!) Eine Verkürzung der Arbeitszeit oder gar eine schematische Festlegung der Vierzigstundenswoche müsse zu einer weiteren Schrumpfung der Produktion führen und mache jede Wiederbelebung der Wirtschaft unmöglich. Alles in allem: An den Grundgedanken des bisherigen Wirtschaftsprogramms (also des Papen-Programms!) müsse festgehalten werden.

Wenn irgend etwas geeignet ist, die arbeiterschädigenden Wirkungen der Maßnahmen zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit zu beweisen, dann ist es die Sehnsucht der Unternehmer, daß es bei diesen Maßnahmen bleiben soll. Es wird sich ja bald zeigen, wie die neue Regierung auf die Einwirkungen der Unternehmer reagiert. Wenn die Arbeiterschaft das an ihr begangene Unrecht wieder wettmachen will, tut sie gut, ihre Organisationen zu stärken!

Arbeitereinkommen jetzt geringer als im Jahre 1900.

Die Hauptergebnisse einer Untersuchung über die Entwicklung des Volkseinkommens in Deutschland gibt das Statistische Reichsamt in „Wirtschaft und Statistik“ bekannt. Das

Volkseinkommen, das 1913 im jetzigen Reichsgebiet rund 46 Milliarden Mark damaliger Kaufkraft betrug, ist von 1925 bis 1929 nominell von rund 60 auf 76 Milliarden gestiegen und 1931 auf 57 Milliarden gesunken. Die Umrechnung auf Kaufkraft von 1928 ergibt, daß diese zahlenmäßige Steigerung zum großen Teil lediglich Ausdruck des veränderten Geldwerts ist. In Kaufkraft von 1928 betrug der Zuwachs der Gesamteinkommen von 1913 bis 1929 nur 8 v. H. Schaltet man ferner den Faktor der größeren Bevölkerungsdichte durch Berechnung der Kopfeinkommen aus, so schrumpft der Kaufkraftzuwachs zwischen 1913 und 1929 auf rund 1 v. H. zusammen. Da dieses Einkommen auf wesentlich mehr Erwachsene verteilt werden muß, so gewährleistet das gleiche Einkommen je Kopf der Gesamtbevölkerung gegenwärtig nur einen geringeren Versorgungsgrad als vor dem Kriege. Die Kaufkraft des für Inlandszwecke verfügbaren Einkommens lag 1929 je Vollperson um rund 8 v. H. unter dem Vorkriegsstand. „Trotz des steilen Anstiegs der Nominalzahlen war also auch vor Einbruch der Wirtschaftskrise das Wohlstandsniveau der Vorkriegszeit keineswegs wieder erreicht.“ Im Jahre 1931 ist ein Absinken des Volkseinkommens gegenüber dem Höhepunkt 1929 um 25 v. H. eingetreten. Bei Berücksichtigung des Ausgleichs durch die Preisbewegung ist gegenüber 1929 ein Kaufkraftschwund des Volkseinkommens um 15 v. H. und je Vollperson um 16 v. H. erfolgt. Im Jahre 1931 lag der Versorgungsgrad der deutschen Bevölkerung um 6 v. H. unter dem Stande von 1925 und um 22 v. H. unter dem Vorkriegsniveau. Berücksichtigt man, daß in diesen Berechnungen die Lohnabzüge von Ende 1931 an nicht einkalkuliert sind und der Kaufkraftschwund im Jahre 1932 durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. ebenfalls nicht beachtet wurde, so kann man annehmen, daß das Einkommen der breiten Masse gegenwärtig zu 30 bis 40 v. H. unter dem Vorkriegsstand liegt. Das ist eine Feststellung, an der nicht gedankelt werden kann. Aufschlußreich ist auch die Untersuchung über die Entwicklung des Arbeitseinkommens. Dieses hat sich in den Konjunkturjahren 1928 und 1929 gegenüber 1913 etwa verdoppelt und an Kaufkraft um ein Drittel erhöht. Da aber der Zuwachs der erwachsenen Bevölkerung (etwa 7 Millionen) fast ausschließlich den Lohn- und Gehaltsempfängern zugeflossen ist, so verändert sich das Arbeitseinkommen gegenüber dem konjunkturellen Höhepunkt je verfügbaren Arbeitnehmer zahlenmäßig um ein Viertel, an Kaufkraft um 13 v. H. zurückgegangen. Die Lohnsenkungen Ende 1931 und der vorhin schon erwähnte Einkommensschwund in diesem Jahre haben die Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger noch weiter verschlechtert. Im ganzen genommen lassen die Untersuchungen des Statistischen Reichsamts erkennen, daß die gegenwärtigen Einkommen der Arbeiter unter denen liegen, wie sie an der Jahrhundertwende zu verzeichnen waren. Dahin hat uns die glorreiche Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren geführt.

Hier spricht ein Kenner.

In Deutschland geht der Kampf um die Agrarhilfe weiter. Der frühere Reichsminister und Offizier Dr. Schlange-Schöningen, ein guter Landwirt und Kenner der Verhältnisse, nimmt in „Ruhr und Rhein“ Stellung zu diesen Fragen. Er spricht aus, daß man dem einen Berufsstand nicht entscheidend hilft, wenn der andere durch diese Maßnahmen erheblich geschädigt wird. „Die Abfahrfrage ist die Kaufkraftfrage. Die Kaufkraftfrage ist die Arbeitslosenfrage. In dem Augenblick, wo zwei bis drei Millionen Arbeitslose in den Produktionsprozess wieder eingereiht werden könnten, würde zweifelsfrei sofort eine entscheidende Belegung des Agrarmarktes erfolgen. Die Arbeitslosenfrage ist zum großen Teil die Industriefrage. Die Industriefrage ist eine Frage des Binnenmarktes und des Exports. Darum muß bei jeder Maßnahme erwogen werden, wo im Hinblick auf die Gesamtwirtschaft der größere Schaden oder der größere Nutzen liegt.“

Aber bei uns in Deutschland ist es so: Man nimmt den Rentnern und ihren Kindern die Rente, den Arbeitslosen die Unterstützung, den Arbeitenden den Lohn und gibt diese Beträge den Großgrundbesitzern und den Industriellen. Das ist „deutsche Art“ und „gottgewollt regiert“. Die „Herren“ müssen leben, und wenn die Proleten sterben müssen.

„Ehrene“ Haltung der Nazis. Sie passen sich an.

Das Programm der Nazi-Partei ist ein Sammelsurium halb verstandener und verkehrt ausgesprochener Wahrheiten und einer Menge verschwommener Phrasen. Dennoch wurde es für unabänderlich erklärt. Einer der Väter desselben ist Gottfried Feder. Wie diese Leute sich anpassen und ihre eigenen Theorien für „unabänderlich“ halten, lehrt nachstehende Gegenüberstellung, die die „Frankfurter Zeitung“ aus der von Feder verfaßten Schrift „Der deutsche Staat“ vornimmt:

- 6. Auflage 1931: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden verstaatlicht“
- 7. Auflage 1932: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden bekämpft“
- „Der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen...“
- „Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzurichten, daß der Bedarf mit den geringsten Kosten für den Verbraucher gedeckt werden kann, daß die Herstellungskosten immer geringer werden. Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmerdenkweise ist Ernst Abbe.“
- „Männer wie Alfred Krupp, Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borjig, Kraus, Raffaei.“

Im Jahre 1931 wollte man noch Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) verstaatlichen. Ein Jahr später will man sie nur noch bekämpfen. Wie und wodurch, wird nicht gesagt. Vor einem Jahr sollte der Unternehmer die Arbeiter noch gut entlohnen. Jetzt hat er nur noch volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Im Vorjahre wurde Feder als der fortschrittlichste Unternehmer bezeichnet. In diesem Jahr ist

der Sozialpolitiker und Freund August Bebel, Ernst Abbe, an seine Stelle getreten. In der sechsten Auflage des Buches wurde der Oberscharfmacher Kirdborf noch „hoch eingeschätzt“.

KPD.-Kampf für die Arbeitslosen.

Am 1. und 2. Dezember fanden in Berlin und in einigen anderen Städten vor den Wohlfahrtsämtern Demonstrationen von Arbeitslosen statt, die vor den Amtsräumen zusammengefasst waren und Kartoffeln, Fleisch und Brot forderten.

Furchtbares Explosionsunglück bei der J.-G. Farben in Premnitz.

In dem Kunstseidebetrieb der J.-G. Farbenindustrie in Premnitz ereignete sich am 7. Dezember ein furchtbares Explosionsunglück, das bisher schon zwölf Todesopfer gefordert hat.

Mehrere Arbeiter werden noch vermisst. Viele Schwerverletzte liegen im Krankenhaus. Davon schweben vier in höchster Lebensgefahr.

Das Unglück ereignete sich im sogenannten Vistra-Betrieb, wo bereits seit einigen Tagen ein Schlossermeister aus Rathenow mit Hilfe von zwei Lehrlingen mit Schweißarbeit beschäftigt war. Am Morgen des Unglückstages hatte der Meister mit den beiden Lehrlingen die zur Erledigung der Schweißarbeit benötigte Sauerstoff-Flasche in eine Zentrifuge gestellt, die einen Durchmesser von etwa 90 Zentimeter hatte.

Die Unglücksstätte bietet ein grauenhaftes Bild der Verwüstung. Die Gefäße sind bis zur Unkennlichkeit verstümmelt. Von einigen sind nur noch wenige Fleisch- und Gliedteile übriggeblieben. Das Unglück, das sich in einer neuen Fabrikhalle, die zur Herstellung von Kunstwolle dienen sollte, ereignete, erzeugte einen so starken Luftdruck, daß die Halle in sich zusammenfiel.

Unter der Arbeiterschaft, namentlich unter den zahlreich beschäftigten Frauen, entstand eine Panik, so daß viele Frauen nach Hause geschickt werden mußten.

einer bestimmten Stunde vor den Ämtern zum Empfang der Lebensmittel einzufinden. Kommunistische Agitationstrupps verbreiteten diese Aufforderung weiter, und in gutem Glauben begaben sich Hunderte von Arbeitslosen vor die Bezirksämter, um die Lebensmittel in Empfang zu nehmen.

Es ist ein geradezu verbrecherisches Spiel, das hier die „revolutionären“ Kommunistenführer, die, wohl gemerkt, nicht in den Bereich der Polizeiknüppel kamen, mit den Arbeitslosen getrieben wird. Mit solchem frevelhaften Schwindel macht man keinen Klassenkampf und keine Revolution; damit vergrößert man nur die Not und das Elend der Arbeitslosen.

Einem glücklichen Umstand ist es zu verdanken, daß diese furchtbare Katastrophe nicht noch mehr Menschenleben gefordert hat. An dem von der Explosion betroffenen Gebäude werden zur Zeit Maurerarbeiten verrichtet. Außerdem wurde dort ein Eisenbahnwaggon beladen. Die Bauarbeiter und die Arbeiter, die mit dem Beladen des Waggons beschäftigt waren, befanden sich gerade in der Frühstückspause.

Wir fordern, daß die Ursachen dieses entsetzlichen Unglücks rücksichtslos untersucht und der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Es zeigt sich auch hier wieder, daß die bestehenden Schutzmaßnahmen noch nicht ausreichen, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Besonders bedauerlich ist, daß zwei Lehrlinge ebenfalls ihr Leben dabei einbüßten.

Bei den Berufsgenossenschaften befindet sich zur Zeit eine Reihe von Verordnungen zum Schutze der Arbeiterschaft in den verschiedensten gewerblichen Betrieben in Vorbereitung, u. a. auch über die Arbeit mit komprimierten Gasen usw. Es ist dringend erforderlich, daß verschärfte Schutzverordnungen so bald wie möglich in Wirksamkeit treten, wenn auch die Unternehmer derartige Einschränkungen als unannehmlich und produktionshemmend empfinden.

Chemische Industrie

Explosionsunglück in einer Farbenfabrik.

Am 1. Dezember ereignete sich in der Chemikalien- und Farbenfabrik Avellis & Huster in Berlin-Reinickendorf ein schweres Explosionsunglück, bei dem zwei Arbeiter schwer verletzt wurden. Das Unglück entstand vermutlich bei den Versuchen, die der Chemiker mit einer Gummilösung machte, der Amalgamatzat beigemischt war.

Durch den ungeheuren Luftdruck sind viele Fensterscheiben zerkümmert worden; ferner ist eine Wand des Raumes in ihrer ganzen Länge zusammengefallen. Die Arbeiterschaft geriet in heftige Erregung. Dabei ereignete sich noch ein zweites Unglück, indem bei der Flucht ein Arbeiter auf einer Treppe so unglücklich stürzte, daß er einen Beinbruch erlitt.

Papier-Industrie

Arbeitslose Kapitalisten gesucht!

Wir finden in der „Wernigeröder Zeitung“, Nr. 273, die sich als „Intelligenzblatt“ bezeichnet und deshalb auch nur von der Haukevolle gelesen wird, folgendes Arbeitsangebot für Bankrotteure, verunglückte Generaldirektoren und sonstige nützliche Elemente der nationalsozialistischen Gesellschaft:

Wer sucht Arbeit, Anstellung, Existenz und gute Verzinsung? Die Papierfabrik Gebr. Marschhausen wird Mitte n. J. in Betrieb gesetzt und soll schon jetzt die Anwerbung der in Betracht kommenden Mitarbeiter erfolgen. Bedingung ist eine entsprechende Kapital- bzw. Interessent-Beteiligung. Angebote unter J. 2937 a. d. Geschäftsfl. d. Ztg.

Lohn wird — wie das Inserat ergibt — nicht gezahlt, sondern nur eine „gute Verzinsung“. Von gut eingeweihter Seite erfahren wir, daß das eingezahlte Kapital als Risikoeinlage unverzinst bleibt. Zur Verzinsung soll nur der von den Gewerkschaften jeweils erkämpfte Tariflohn gelangen, der aber, da Neueinstellungen vorliegen, zunächst einmal um 50 v. H. nach § 1 und ferner, da es sich um einen notleidenden Betrieb handelt, um weitere 20 v. H. gemäß § 8 der Papen-Notverordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung, vom 5. September 1932, abgebaut wird.

Schultheiß-Pahnhofers Erfahrungen in der Stoffverwässerung gemacht hat. Generaldirektor Uebelen vom Lindener-Samt-Konzern soll sich als Kalandrierführer beworben haben, weil er den Beweis erbracht hat, bisher glatt durchgekommen zu sein.

Noblesse oblige.

Die Schriftleitung des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ brachte in der Nr. 47 ihrer Zeitschrift die Mitteilung, daß in Laaber bei Regensburg der Betriebsleiter und spätere Papierfabrikant Joseph Hoch seinen Geburtstag in großer Hof feiert, trotzdem er fast 70 Jahre lang der Papierindustrie seine Dienste widmete und „infolge seiner guten Sachkenntnis und reichen Erfahrung viele Erfolge zu verzeichnen hatte“.

Ausgehend von der Auffassung, daß nicht nur Adel, sondern auch Kapital und Wohlstand verpflichtet, hat im Schlaßbach die Schriftleitung die Papierfabrikanten „den in Hof geratene verdienten Papiermacherveteran durch eine Gabe oder Anstellung seiner Söhne zu unterstützen“.

Der Erfolg dieses Aufrufs war einfach fabelhaft! In der Nr. 49 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ kann der Verlag von Günter-Staib bereits mitteilen, daß auf Grund dieses Aufrufs eine nicht genannte Papierfabrik als Unterstützung den jährlichen Beitrag von 50 Mark übermitteln hat. In Anerkennung der hohen Verdienste des notleidenden Papierfabrikanten a. V. und um dessen Hof ein für allemal zu lindern, hat der Verlag von Günter-Staib noch 10 Mark dazu gegeben.

Wie wir erfahren, soll der Empfänger des Geldes entschlossen sein, von dieser spendebereiten Summe je 20 Mark in Aktien bei den Konzernen Maschinenbau, Feldmühle und Waldhof anzulegen, deren Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder bekanntlich außerordentlich niedrige Entschädigungen empfangen. Er glaubt, damit sich nicht nur den vom „Wochenblatt“ gewünschten „ruhigen Lebensabend“ sichern zu können, sondern hofft auch, daß der aus den Aktien fließende Betrag nach seinem Tode noch zu einem Holzkreuz auf seinem Grabe ausreicht.

Nahrungsmittel-Industrie

Filmreklame für die Margarine.

Die Margarine-Verkaufs-Union hat für ihre Hauptmarke „Sanella“ einen Reklame-Tonfilm herausgegeben. Der Film trägt den Titel: „Fortschritt, ein Film von neuen Dingen.“ Dieser Film weicht in seiner Aufmachung von den übrigen Produktionsfilmen ab. Er zeigt nicht nur die nüchterne Produktionstechnik im Betrieb, er verbindet vielmehr die Margarineherstellung mit dem praktischen Leben.

Zunächst wird dem Besucher eine Anzahl Bilder tropischer Landschaft gezeigt. Es wird gezeigt, wie in den Palmenwäldern die Kokospalme wächst und wie sie geerntet wird. Dann folgen Bilder, die den Reifungs- und Trocknungsprozeß zeigen.

anderer Früchte. Weiter wird dann der Transport der Bsaaten und Früchte aus den tropischen Gegenden nach den deutschen Bsaabriken vorgeführt. Ein weiterer Abschnitt zeigt, wie das Öl in den Bsaabriken aus den Saaten gewonnen und gereinigt wird und wie es dann seinen Weg nach der Margarinefabrik weitergeht.

Recht anschaulich wird dann vorgeführt, wie die Margarine hergestellt wird. Vom Milchbehälter, in dem die Fette vermengt werden, geht es über die Röhre und von dort über die Kühltrommel, Knet-, Meng- und Milchwalzen zur Packmaschine und von dort weiter in den Verladerraum. Wie es sich bei einem Nahrungsmittelbetrieb verhält, sind alle Arbeitsmaschinen und Arbeitsräume in sauberem Zustande. Deutlich sieht der Zuschauer, daß die Margarine mit den Händen der in dem Betriebe Beschäftigten nicht in Berührung kommt.

Das Ganze ist dann umrahmt von Bildern aus der Küche. An zahlreichen Beispielen wird gezeigt, was man mit „Sanella“ in der Küche alles zubereiten kann. Da es sich um einen Tonfilm handelt, ist den einzelnen Bildern entsprechende Musik beigegeben. Bei den tropischen Bildern erklingen schwere indische Weisen und bei den übrigen Bildern der Handlung angepaßte Melodien. Der Film schließt ab mit dem „Sanella“-Schlager, in dem die Hauptmarke des Konzerns verberlicht wird.

Der Film kann als eine wohlgelungene Reklame für die Margarine bezeichnet werden. Durch die Umrahmung des nüchternen Produktionsganges mit Bildern aus dem praktischen Leben in der Küche und auch die Einleitung mit Landschaftsbildern wird dem Film der nüchterne Charakter des Betriebsfilms genommen. Er greift mehr in das praktische Leben der Hausfrau hinein. Das ist auch von den Herausgebern gewollt. Die Herren von der Unilever verstehen eben das Reklamemachen. Andere könnten von ihnen manches lernen.

Verschiedene Industrien

Hilfer-Spielzeug und Sibylla-Puppen.

Geschäftsführer Nazi-Pgs. haben dem Spielwarenhandel zwei Gesellschaftsspiele zur Empfehlung an ihre Genossen übergeben. Der „Nazi-Kampf“ betitelt sich das eine, „Der Siegeslauf des Hakenkreuzes“ das andere. Es sind Würfelspiele (wie „Mensch, ärgere dich nicht!“), ausgestattet mit einem Spielplan. Dabei fehlen natürlich das Bildnis des „Führers“ und die „Hakenkreuzfahne“ nicht. Der Würfelweg beginnt vor dem Bilde der Bavaria in München und endet am Reichstagsgebäude, über dem ein Nar mit dem Hakenkreuz in den Fängen schwebt. Das andere Spiel beginnt und endet mit SS- und SA-Klamauk.

Die Herstellung des Spielzeugs erfolgt in Hamburg und in München, nicht etwa in den Bezirken der Spielzeugmetropolen. Die bodenkündige notleidende Spielzeugindustrie hat also durch geschäfts-nationalsozialistisches Eingreifen keinen Gewinn. Reichlich spät kommen die Spiele. Nunmehr müßten schon Spiele wie „Der Verfall der Hitlerbewegung“ oder ähnliches herauskommen.

Jetzt wird's richtig in Deutschland. Mit dem Geist und der physischen Gewalt gelang es dem „geführten Führer“ und seinen „rauben Kämpfern“ nicht, in die hohe Amtlichkeit des Reiches zu kommen. Es gelang auch nicht trotz Anwendung der Theje: „Es kommt bei der Propaganda nicht auf die Wahrheit, sondern nur auf den Erfolg an“, aus dem Deutschen Reichstag eine hundertprozentige Hakenkreuzfäkte zu machen. Nun sollen Gesellschaftsspiele helfen, wahrscheinlich, um den betrogenen Anhängern der Hakenkreuzpartei Erfolg für die Versprechungen zu geben. Mußte die Errichtung des „Dritten Reiches“ ausfallen wegen zu schwacher Beteiligung, weil Zweifel an der eigenen Courage auftauchten und weil die Freiheitsbewegung der Arbeiter auch noch da war, so sollen sich die „hypnotisierten“ Anhänger wenigstens durch Spiel an dem Hakenkreuzziel befriedigen können.

Dem Führer und seiner Bewegung wird das Spielen (Würfeln) empfohlen. Das ist auch ganz vernünftig so. Das haben die alten Deutschen auf ihrer „Bärenhaut“ auch so gehalten, allerdings haben diese um ihre Güter und zuletzt um ihre Person gewürfelt, nicht zum Ablenken unerfüllbarer Eingebungen. Wenn der „geführte Führer“ mit seinem Anhang nunmehr dem kindlichen Spieltrieb huldigt, dann kann das ein Glück für das deutsche Volk werden, dann hört zum mindesten eine Portion Unfug in der Staatspolitik auf. Nach der Richtung hin haben die erfindereischen Geschäfts-Nazi-Pgs. eine hohe pädagogische Aufgabe erfüllt. Die Bewegung kann sich nunmehr an kindlichen Spiel austoben. Da können die Beteiligten bei Unzufriedenheit über den Ausfall des jeweiligen Würfelwurfs sich über sich selbst ärgern, können ihre Zähne zusammenbeißen, daß sie knirschen, können sich die Haare ausraufen, sich blutig kratzen, mit dem Kopf an die Wand rennen und sonstige hysterische Begleitererscheinungen ausführen. Niemand wird die spielenden rauben Kämpfer an diesem Tun hindern. Durch die Gesellschaftsspiele wird wohl Hitler die Stunde wieder beherrschen. Das scheint immer so, wenn er tätig ist, „so, wie ihn keiner kennt“.

Zum Nazianhang gehört auch der aus England importierte ehemalige Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, seines Namens Herr Karl Eduard von Alban. Die Tochter Sibylla wurde kürzlich von dem Prinzen Gustav Adolf von Schweden geheiratet. Geschäftsführer Nazianhänger haben auch diesen Anlaß auszunutzen versucht. „Sibylla-Puppe“ nennt sich ein Produkt der bayerischen Puppenfabrik, nehmlich in schwedischer und Koburger Tracht. Der Puppe sollen die Gesichtszüge der lebendigen Protektorin aufmodelliert sein.

Man braucht nicht neugierig zu sein auf die Auswirkung der Sibylla-Puppen-Propaganda. So großen Ruf hat der aus England importierte Herr von Alban weder durch seine staatsmännliche noch sonstige Tätigkeit erlangt, daß in Zukunft das Volk nur noch „Sibylla-Puppen“ kaufen wird, nur eben deshalb, weil Sibylla die Tochter des ehemaligen Koburger Herzogs ist. Soviel Interesse an den

seinen früheren königlichen Ausbeutern, hat das deutsche Volk nicht. Und das Ausland dürfte von „Sibylla-Puppen“ kaum Kenntnis nehmen. Die „Sibylla-Puppe“ kann kein nennenswertes Geschäftsprodukt für die Puppenindustrie werden, dazu fehlt ihr die Popularität. Oder ob man neben den Hitlerianern, denen jetzt „Würfelspielpolitik“ empfohlen ist, auch den Hitlerken das Spiel mit Sibylla-Puppen empfiehlt?
H. Eiflein.

Frauenfragen.

Freiwilliger Arbeitsdienst auch für die weiblichen Jugendlichen.

Auch die weiblichen Jugendlichen will man jetzt mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst beglücken. In einem Erlaß des Reichskommissars für den Freiwilligen Arbeitsdienst werden die Aufgaben des Freiwilligen Arbeitsdienstes für die weiblichen Jugendlichen umrissen: „Auch von der weiblichen Jugend“, so heißt es dort, „muß im Freiwilligen Arbeitsdienst eine ernste Arbeitsleistung gefordert werden; sie muß nach Arbeitszeit, Intensität und objektivem Arbeitserfolg es rechtfertigen, daß der Arbeitsgruppe aus öffentlichen Mitteln der Lebensunterhalt geboten wird.“ Dienstleistungen für Hilfsbedürftige sollen als der besondere Inhalt des Arbeitsdienstes der Frau angesehen werden. „Es handelt sich vor allem um das Erhalten und Pflegen von Sachgütern, das Umwandeln alter Gegenstände für neuen Gebrauch und um hauswirtschaftliche Leistungen für Dienstwillige oder Notleidende.“ In sozialpädagogischer Hinsicht sieht man den Nutzen des F.A.D. für die Frau in der Arbeit selbst, die sachgerecht, freudig und kameradschaftlich so ausgeübt werden muß, „daß sie zu einer Schule des Charakters wird“. Die freie Zeit soll folgendermaßen ausgenutzt werden: Fortbildung und Feiertunden, Lesende und Ausprache, Spiel und Gesang, Turnen und Wandern. Auch die Mädel sollen zu „echtem Gemeinschaftsgeist“ erzogen werden. Der geschlossene Arbeitsdienst im Arbeitslager wird als wünschenswert angesehen. Die Tätigkeit des F.A.D. für die weiblichen Jugendlichen soll in folgendem bestehen: 1. Wäsche- und Kleiderpflege für Arbeitslager. 2. Küchendienst für offene Arbeitslager. 3. Bewirtschaftung ungenutzter Ländereien bei gemeinsamer Verwertung des Ertrages. 4. Schaffung von Kleingartenland. 5. Dienstgruppe bei der Siedlungshelferin. 6. Werkstattarbeit für die Winterhilfe. In diesem Rahmen will man die weiblichen Jugendlichen beschäftigen. Alle diese schönen Worte können das tiefe Mißtrauen nicht beseitigen, mit dem die organisierte Arbeiterklasse allen Plänen zur Arbeitsbeschaffung für Jugendliche und „zur körperlichen und sittlichen Erleichterung der Jugendlichen“ gegenübersteht, die von reaktionärer Seite kommen. Der Freiwillige Arbeitsdienst kann die Arbeitslosigkeit nicht nennenswert vermindern; er ist kein Mittel zur Behebung der Wirtschaft, er kann nur in einzelnen Fällen Nothelfer sein und ist für die proletarische Jugend auch nur dann erträglich, wenn die Arbeiterorganisationen auf Gestaltung und Wirksamkeit des F.A.D. entscheidenden Einfluß haben.

Lohnprämienystem und Frauenarbeit.

Nach dem Anknüpfungsprogramm der verflochtenen Reichsregierung erhält jeder Unternehmer, der vom 15. September an eine Arbeitskraft mehr beschäftigt, je Vierteljahr eine Prämie von 100 Mk. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß bei dieser Prämie der Unternehmer am besten fährt, der nur Arbeitslöhne in geringer Höhe zahlt. Es wurden viele Fälle nachgewiesen, wo der Unternehmer für Neueingestellte den Lohn jemand durch erhaltene Prämien decken konnte. Die Folge davon ist, daß billige Frauenarbeitskräfte am meisten begehrt werden.

Die Löhne der Frauen sind in höherem Maße gesunken. In der Berliner Metallindustrie betrug im Oktober 1931 der durchschnittliche Tariflohn einer Arbeiterin 62 Prozent vom Lohn des gelehrten und 80 Prozent vom Lohn des ungelerten Arbeiters. Im März d. J. war der Frauenlohn auf 60 bzw. 63 Prozent des Männerlohnes gesunken. Der Frauenanteil in den Betrieben der Metallindustrie Berlins ist infolge der Neueinstellung von Frauen von 26,6 auf 32,8 Prozent gestiegen. Überhaupt ist eine ständige Zunahme der Frauenarbeit in den Fabrikbetrieben zu beobachten. Dies zeigt auch die Arbeitsvermittlung. Auf 100 Arbeitsgesuche kamen im Bezirk des Landesarbeitsamts Brandenburg 3,1 offene Stellen für Männer und 7,8 für Frauen, in Sachsen 1,6 bzw. 4,6, in Ostpreußen 8,8 bzw. 29,4, in Mitteldeutschland 2,8 bzw. 7,6 und in Bayern 2,9 bzw. 7,5. So bewirkt der Anknüpfungsplan der Regierung letzten Endes eine Steigerung der Frauenarbeit. Die billige Arbeitskraft erhält den Vorzug. Dieser Umzug muß schleunigst unterbunden werden. Am besten durch die Frauen selbst, indem sie sich in eine gewerkschaftliche Organisation einreihen.

Jugendbewegung.

Erfolgreiche Jugendarbeit in der Ortszweitzelle Kolbitz-Senftenberg.

Nachdem die Werberarbeit in den letzten Monaten erfreuliche Erfolge brachte, besonders auch unter den Jugendlichen, war es notwendig, für unsere Jugendleiter eine Zusammenkunft herbeizuführen, um dadurch die Werberarbeit noch zu fördern. Es ist ein Zeichen der Stärke für unsere Organisation, daß unserer Ortszweitzelle im 3. Quartal insgesamt 1056 jugendliche Kollegen und Kolleginnen angehören.
Die Jugendarbeit zu fördern und zu pflegen, war seit Jahren in unserer Ortszweitzelle unser Bestreben; ebenso betrachteten wir es als wichtig, die Jugendlichen auch zur gewerkschaftlichen Arbeit anzuregen und sie mit den gewerkschaftlichen Gedanken anzubahnen zu machen. Diesem Ziele diente auch die Tagung der Jugendleiter in der Jugendherberge Bobitz. Das Programm, auf dem wir uns auf dem Gewerkschaftsabend aufbauten, fand ungeheuren Beifall. Es zeigt sich, daß durch diese Arbeit die freigewerkschaftliche Jugendbewegung gefördert werden kann. In regem Gedankenaustausch mit den Ortszweitzellen wurden die geeigneten Wege gezeigt, wie die Jugendarbeit in unserer Organisation belebt werden kann. Unsere jugendlichen Mitarbeiter hatten bei der Tagung Gelegenheit, durch ein gemeinsames Zusammenkommen sich gegenseitig kennenzulernen und gegenseitig Vertrauen zu gewinnen. Der Ver-

bandsfilm „Freundschaft“, der bei dieser Gelegenheit gezeigt wurde, ein Ausschnitt aus unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit, hat ebenfalls dazu beigetragen, den gewerkschaftlichen Gedanken zu stärken. Es war auch für die älteren Kollegen, die an dem Kursus teilnahmen, eine außerordentliche Freude, die 25 jugendlichen Mitarbeiter bei ihrem Zusammenarbeiten zu beobachten.

Die Vorträge der Kollegen Fleischhauer über „Werden und Wirken der freien Gewerkschaften“, Wagner über „Die Zusammenarbeit der staatlichen Jugendpflege mit den Jugendvereinen“, Schlemann als Jugendleiter der Bezirkszweitzelle über „Ein Ausschnitt aus der freigewerkschaftlichen Jugendarbeit der Ortsgruppe Senftenberg I“, Kerstan über „Freigewerkschaftliche Jugendarbeit in den Ortsgruppen“

wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Die Aussprache, die nach jedem Vortrag einsetzte und an der sich unsere jugendlichen Kollegen rege beteiligten, zeigte auch, daß in dem von dem Referenten vorgetragenen Sinne die gewerkschaftliche Arbeit weiter gefördert werden soll. Der Meinungsaustausch zeigte eine geistige Frische, so daß wir für die gewerkschaftliche Jugendarbeit das Beste erwarten können.

Zweck und Ziel der Veranstaltung sind erreicht worden. Es gilt nunmehr, auch in den einzelnen Ortsgruppen unserer Bezirkszweitzelle die Jugendarbeit mit aller Energie zu betreiben. Wir werden in allen Orten, wo wir jugendliche Kollegen unserer Organisation angeschlossen sehen, Jugendgruppen aufbauen. Durch die intensive Mitarbeit unserer jugendlichen Kollegen und Kolleginnen wird dann die Geschlossenheit unserer Organisation gefördert werden. Zielbewußte Schulungsarbeit und eifernes Wollen werden dazu beitragen, unsere Organisation zu stärken, die die Fahne der Freiheit vorantreiben soll. — Fleischhauer.

Die Wichtigkeit der politischen Macht für die Arbeiterklasse.

„Sozialismus ist nichts anderes als der pflichtgemäße Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Bedürfnissen und Forderungen zu verstecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Menscheninn geben wollen.“

Der geistige Mensch muß sich sagen, daß es in den wichtigsten Staaten Europas besser stünde, wenn in ihnen statt der bürgerlichen oder feudalen Regierungen, Arbeiterregierungen am Ruder wären, daß dann ein gutes Stück auf dem Wege der Ordnung, Vernunft und Befundung fortgeschritten werde.“

Der bekannte deutsche Dichter Thomas Mann am 22. Oktober 1932 vor Wiener Arbeitern.

Berichte aus den Zahlstellen.

Einbeck. Zur Belegung der Agitation unter den Jugendlichen hatte unsere Jugendgruppe zu einem Werbeabend eingeladen. Die Säle des „Rheinischen Hofes“ waren überfüllt und jung und alt haben einen schönen Abend verlebt. Der Abend wurde mit Sprechören, Rezitationen und einigen Einaktern gut ausgefüllt. Der Einakter „Auf freiem Boden“ schilderte die freie Arbeit in einem sozialisierten Betrieb. Auch die beiden Schwänke fanden lebhaften Beifall. Alles in allem war es ein schöner Abend, der den Allen wie den Jungen noch lange in Erinnerung bleiben und der Jugendgruppe neue Mitglieder zuführen wird. Alle gaben ihr Bestes für die Werbeveranstaltung. Sicher wird mancher Jugendliche, der uns noch fernsteht, nun auch den Weg zur Gewerkschaftsjugend finden, um für diese und für die Arbeiterklasse noch mehr kämpfen zu können als bisher. H. G.

Lübeck. Wie recht- und schuldlos die Arbeiterklasse ohne starke Gewerkschaften ist, ersieht man bei der Arbeiterklasse der Firma Grasmann & Co., Konfervenfabrik in Lübeck. In diesem Betriebe war die Arbeiterklasse früher beinahe restlos organisiert. Im Laufe der Zeit trat hier ein Wandel ein, herbeigeführt durch Kurzarbeit, Stilllegung des Betriebes, Entlassungen usw. Es wurden nur noch wenig Männer beschäftigt, die Frauen wurden immer mehr zu allen Arbeiten herangezogen. Der Tariflohn wurde gezahlt. „Woza brauchen wir da noch Beiträge zu zahlen“, so dachte eine große Zahl der Beschäftigten. Der Betriebsleiter blieb das nicht unbekannt und der Tarif wurde bald nicht mehr in allen Punkten eingehalten. Die Arbeit wurde nach und nach veräußert, die Bezahlung der Überstunden verweigert. Um Beiträge für die Sozialversicherung zu sparen, wurden die Arbeiter häufig nach einigen Tagen wieder entlassen usw. Diesem Zustand machte der Fabrikarbeiterverband ein Ende, obwohl die Mehrzahl der Belegschaft dem Verbands nicht angehörte.

Als nun die Papen-Löhne kamen, da war die Firma Grasmann sofort dabei, sich von der Berechtigung zum Lohnabbau zu profilieren. Die Männer bekamen für die Papen-Stunden 35 und die Frauen gar nur 19 Pf. Auch hier griff der Verband wieder ein und sicherte der Arbeiterklasse noch den Tariflohn. Die Arbeiterklasse aber muß aus dem allen und aus dem schändlichen Verhalten eines Anzeigens der Firma den Schluß ziehen, daß es nun Zeit wird, wieder dem Verbande beizutreten.

Selb. Jubilarehrung. Wiederum konnten 23 Kollegen der Zahlstelle Selb des keramischen Bandes im Fabrikarbeiterverband auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Verwaltung zu Ehren der Jubilare eine schöne Feier. Die Mitglieder waren sehr zahlreich erschienen. Vom Volkschor Selb wurde die Feier durch Vortrag eines wuchtigen Freiheitsmarsches eingeleitet. Kollegin Küger sprach einen eindrucksvollen Prolog. Durch künstlerische und stimmungsvolle Musikvorträge des Kollegen Groß sowie Gesangsvorträge des Kollegen Wunderlich wurde der Abend wesentlich verschönert. Kollege Küger dankte allen Mitwirkenden, begrüßte die Anwesenden und die Jubilare im Namen der Zahlstelle und überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes und der Brancheneitung. In seiner Ansprache verwies er auf die Gefahren, die der Arbeiterklasse drohen, und würdigte die Verdienste der Jubilare, von denen mancher seiner gewerkschaftlichen Taten wegen viele Anzeichen und Schikanen von den Unternehmern ertragen mußte. Besonders dankte er den Frauen der Jubilare. Die Jungen erwähnte Kollege Küger, das bewährte Werk zu vollenden. Alles sprachlich war die erhebenden Stunden verstrichen, die bei allen etwas anvergeßlichen Eindruck hinterlassen haben.

Mündschau.

Wahlverluste der Nazis in Thüringen.

Am 1. Dezember fanden in Thüringen die Gemeindevahlen statt. Die Nationalsozialisten erlitten trotz der lebhaftesten Propaganda durch ihre obersten und ersten Führer — auch Hitler beteiligte sich — schwere Verluste, die 25—30 Prozent gegenüber der letzten Reichstagswahl ausmachten. Auf die Dauer läßt sich die Wahrheit über die Unfähigkeit und Verderblichkeit der NSDAP, eben doch nicht aufhalten, auch nicht in nationalsozialistisch regierten Ländern.

Abrechnung der Hauptkasse 3. Quartal 1932

Einnahmen		M	Pf
An Kassenbestand am Schlusse des 2. Quartals 1932:			
a) Hauptkasse	227 331,31		
b) Zahlstellen	532 314,90	759 646	21
Beiträgen		1 955 715	01
„ Ertragsbeiträge		682	30
„ Einzelmittglieder		3	30
„ Mehr eingekandt von den Zahlstellen		92 737	53
„ Ertragsbeiträgen und Karten		178	30
„ Protokollen		—	50
„ Büchern und Broschüren		3 082	02
„ Bürobedarf		1 196	52
„ „Proletarier“		176	43
„ Kraftwagen		394	55
„ Zinsen		26 298	68
„ zurückgezahlten Unterstufungen		18 527	77
„ zum neuen zurückgezahlten Beiträgen		3 997	03
„ Zusammen von Zahlstellen		1 566	40
„ sonstige Einnahmen		1 659	61
aus dem Vermögensbestand	532 270	42	
Beiträgen zur Unterstufungskasse	5 870	35	
Summe		3 404 002	93

Ausgaben		M	Pf
Der Erwerbslosen-Unterstützung:			
a) an Reisende		40	65
b) an Arbeitslose		488 282	88
c) an Kranke		107 878	75
„ Invalidenunterstützung		446 591	61
„ Rechtschutz		7 807	65
„ Umzugsunterstützung		4 400	70
„ Notlageunterstützung		815	—
„ Gemäßregeltemunterstützung		4 344	70
„ Streifenunterstützung		23 464	61
„ Sterbegeld		58 274	53
„ Anteile der Zahlstellen		661 763	53
„ Marken und Stempel		144	66
„ Porto, Postschek und Bankspesen		4 663	15
„ Vorstands- und Ausschussgehälter		52	—
„ Revisionen der Hauptkasse und der Zahlstellen		829	25
„ Gehälter und Löhne		72 812	10
„ Versicherungsbeiträge		34 759	40
„ Druck und Papier des „Proletariers“		25 673	89
„ Verbandskosten des „Proletariers“		13 577	60
„ Betriebsräte- und Frauen-Zeitungen		778	74
„ diverse Druckkosten		11 103	95
„ Verband- und Postmaterial		384	78
„ Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar		5 215	50
„ Büromaschinen und Reparaturen		1 426	45
„ Buchbinderarbeiten		2 391	35
„ Kraftwagen und Kraftwagenbedarf		4 659	44
„ Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung		7 719	14
„ Büroeinrichtungen und Bürobedarf		3 505	69
„ Tarifverhandlungen		3 261	75
„ zentrale und lokale Tariffinanzien		1 195	95
„ Konferenzen		2 149	35
„ Agitation		5 704	47
„ Film		25	—
„ Gaudermaltungen		116 500	—
„ keramischen Bund einschl. Zeitung		60 000	—
„ Arbeiter-Wirtschaftsschulen, Kurse, Bildungsfonds		50	—
„ Schule Dennigsen		11 000	—
„ Beiträgen zum Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund		49 478	75
„ Verwaltungen verschiedener Zahlstellen		15 718	83
„ Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt		181 642	11
„ sonstige Ausgaben		350	86
„ Vermögensbestand		1 286	60
Kassenbestand am Schlusse des 3. Quartals 1932:			
a) Hauptkasse	306 677,29		
b) Zahlstellen	655 240,25	961 917	54
Summe		3 404 002	93

Hannover, den 5. Dezember 1932.

Karl Thiemig, Vorsitzender. Karl Gremmel, Revisor.
Carl Köhler, 1. Kassierer. J. Löbermann, Revisor.
Otto Staschitz, 2. Kassierer. Franz Friedrichs, Revisor.

Literarisches.

„Der weiße Magnet“. Nach der Entdeckung Amerikas haben die jenseitigen Völker einen kurzen Weg nach China gesucht, um schneller an die Güter dieses geheimnisvollen Landes zu kommen, das nach allen Überlieferungen der Inbegriff des Reiches sein sollte. Schiff auf Schiff ging in See, in der Richtung nach Norden, um die freie Durchfahrt nach dem Osten zu suchen. Die Geschichte dieser Expeditionen erzählt Ernst Jünger in seinem Buch „Der weiße Magnet“, das jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, in vorzüglicher Ausstattung und zum Mitgliedspreis von 2,70 Mk. erschienen ist. Wir erfahren von den Anstrengungen der riskierenden Expeditionen, von dem Scheitern der meisten Expeditionen, von den heroischen Bemühungen so mancher Seeleute und Forscher. Bis dann schließlich nach einer neuen Wege findet und der wissenschaftlichen Entdeckung des Nordpolgebietes Tür und Tor öffnet. Das spannende Buch schließt mit der Abreise der Expedition und mit einem Ausblick auf die wieder in Vorbereitung begriffenen Expeditionen. Es ist zu begrüßen, daß die Büchergilde Gutenberg ein Buch herausgebracht hat, das in gedrängter Kürze und doch umfassend die Geschichte der gesamten Nordpolforschung erzählt.

Arturo Uslar-Pietri: „Die roten Lagen“. Roman aus der lateinamerikanischen Befreiungszeit. Berechtigte Übersetzung, Einführung und Nachwort von G. J. Reuendorff. Mit 22 Bildern aus dem tropischen Amerika. 192 Seiten und 16 Seiten Kupferdruck. Gangehen, in Buchhülle. Buchausstattung von Jan Schönböck. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 Mk. (resp. 8,60 österr. Sch., 35 Hsch. Kronen). In spannenden bunten Bildern erleben wir vor dem Leser die Laubbäume Venezuelas und die verschiedenen Schichten des Volkes, zumal die Negersklaven und ihre Herren, die Besitzer großer Zuckerfarmen. Die idealen Voraussetzungen und der Beginn der Aufstandsbewegung in geheimen Zusammenkünften, ihr weiterer Verlauf werden in wilden Kampfszenen geschildert. Das ganze Geschehen ist in den farbigen und grauenhaften Jahren der Tropen gefaßt.

Berta Gellinger: „Herz in Flammen“. Frauenroman. 216 Seiten. Gangehen, in Buchhülle. Buchausstattung von Jan Schönböck. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61. Belle-Alliance-Platz 7. 1932. Preis 4,30 Mk. (resp. 8,60 österr. Sch., 35 Hsch. Kronen). Ein starker, von Leidenschaft erfüllter Frauenroman. Es kam aber der Verfasserin nicht darauf an, ein privates Frauenrechtswort zu schreiben, sondern sie wollte mit allem psychologischen Raffinement ihre feinsten Entdeckungen über die menschliche Seele darzustellen. Vielmehr ist die „Heldin“ Sogena, die vor dem Kriege aus Deutschland nach Deutschland kam und dann in der sozialdemokratischen Frauenbewegung eine bedeutende Rolle spielte, nur der Spiegel, in dem Kampf und Aufstieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt aufgefangen werden.

Selbstverwaltung, Aufsicht und Wahlen in der Sozialversicherung. Von J. Otrab. Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. Berlin. Heft 26 der Geschäftsverhandlungen für Angehörige in der Sozialversicherung. Verlag: Zentralverband der Angehörigen, Berlin W 57, Potsdamer Straße 73. 1932. Preis für 300-Mitglieder 50 Pf., im Buchhandel 1 Mk. Die Schrift bringt alles das, was der ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Sozialversicherung über seine Aufgaben wissen muß. Große Klarheit über den Aufbau der verschiedenen Versicherungsträger vermittelt die vielen graphischen Darstellungen.

„Das Wort der Männer“. Die Büchergilde Gutenberg, die bereits 27 Bände von Jack London in einer vorzüglichen Übersetzung und schönen Ausstattung herausgebracht hat, läßt jetzt den 28. Band dieses Autors folgen: „Das Wort der Männer“ in Leinen gebunden 270 Mk. Der Band enthält vier bisher in Deutschland unbekanntes Erzählungen aus Alaska. Jack London erweist sich in diesen Geschichten wieder als ein Erzähler ganz großen Stils. Seine ungebändigte Phantasie und seine große Darstellungskraft, eine wilde Leidenschaft und heroische Kräfte, das gibt einen Zusammenklang ganz starker Werte. Die handlungsreiche Jack-London-Epik in Deutschland werden diesen Band mit Vergnügen begrüßen.

„Die Scholle“. Roman von Vicente Blasco Ibañez, reich illustriert von Jofe Benkner. Das schon angefallene und in Leinen gebundene Werk wird zum Weihnachts-Vorjahrespreis von 1,60 Mk. abgegeben. Jedes Mitglied kann mehrere Exemplare beziehen, eine Vergünstigung, die sehr begrüßt werden wird, weil sich das Buch infolge seines Inhalts und seiner Ausstattung gut zu Geschenkzwecken eignet. Ibañez hat hier den jahrhundertelangen Kampf um die Scholle zum Gegenstand genommen. Wir lernen das Volk der spanischen Banern und Landproletarier kennen und begreifen ihren Haß gegen ihre Ausbeuter, diesen Haß, der eine der Ursachen der sozialen Umwälzung im heutigen Spanien ist. Ibañez schrieb das Buch, als er als Journalist und Journalist von der Weltzeitung vertrieben wurde, in seinen besten und fruchtbarsten Jahren. „Die Scholle“ hat bisher eine europäische Auflage von über zwei Millionen erreicht. Die deutsche Auflage wird diesen Triumphezug fortsetzen.